

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE FÜR DEN ENERGIEARTIKEL

Presseausschuss, Postfach 5664, 3001 Bern; Tel. 031 44'58'94

---

An die Medien der deutschen und  
rätoromanischen Schweiz

Bern, 8. August 1990

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Ferienzeit neigt sich zu Ende, die Politik meldet sich langsam aber sicher zurück. Keine zwei Monate dauert es noch, bis Volk und Stände an der Urne zum Energieartikel Stellung zu beziehen haben. Im heutigen Pressedienst des schweizerischen Aktionskomitees "für den Energieartikel" möchten wir Ihnen wiederum eine Auswahl von Artikeln zur Verfügung stellen, welche die Gründe für ein Ja darlegen. Der Blickwinkel der Wirtschaft und der rationellen Energieverwendung stehen im Vordergrund.

**Wichtiger Hinweis: Pressekonferenz!**

Schon heute möchten wir Sie auf die Pressekonferenz des Aktionskomitees hinweisen, die am **Donnerstag, 13. September, ab 10.00 Uhr, in der Baumesse in Bern**, über die Bühne gehen wird. Die detaillierte Einladung wird Ihnen in der nächsten Ausgabe des Pressedienstes zugestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss

Jens Lundsgaard-Hansen



Beilagen

Zur Volksabstimmung vom 23. September 1990

EIN JA ZUM ENERGIEARTIKEL

von NR Hanspeter Seiler, SVP, Ringgenberg

Energie ist nicht alles, aber ohne Energie läuft nichts! Die Richtigkeit dieses "modernen" Sprichwortes bekamen die Bewohner vieler Orte unseres Landes Ende Februar zu spüren, als man während Stunden stromlose Zeiten in Kauf nehmen musste, Licht und Heizungen ausfielen, Computer streikten und man vielerorts die Melkmaschine durch Hände ersetzen musste. Energie ist eine unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftliche Tätigkeit und Grundlage unseres Lebensstandards. Ohne Energie keine Produktion, ohne Energie keinen Verdienst, ohne Energie keine Mobilität, kurz gesagt: ohne Energie nur das halbe Leben!

Energiefrage - bald Problemkreis Nr. 1?

---

Die Energiefrage wird, wenn sie es nicht schon ist, in der Schweiz, aber auch im Europa von Morgen zu einem der wichtigsten Problemkreise wachsen; Gradmesser dafür ist u.a. auch die politische Diskussion, in welcher Energiefragen zu einem beherrschenden Thema geworden sind. Ich erinnere stichwortartig an einige Ursachen dieses Wandels:

- zunehmende Technisierung und Automatisierung des Arbeitsplatzes
- ständig wachsende Technisierung des Haushalts
- allgemein wachsendes Anspruchsverhalten unserer Wohlstandsgesellschaft
- ungeheurer Nachholbedarf in den osteuropäischen Ländern
- ungebremstes Verkehrswachstum personen- und güterseitig sowohl im Bereich des öffentlichen und des Privatverkehrs

So hat sich beispielsweise der Stromkonsum pro Einwohner und Jahr - er betrug 1960 rund 3000 kWh - in den letzten 30 Jahren mehr als verdoppelt!

Auseinanderklaffende Schere zwischen Bedarf und Produktion

---

Insbesondere der Bedarf an elektrischer Energie wird unzweifelhaft weiter steigen. Man denke nur schon an das jährliche Bevölkerungswachstum (allein der Wanderungsüberschuss beträgt ja 30'000 Personen pro Jahr!), an die Förderung des öffentlichen Verkehrs (die Realisierung des Konzeptes Bahn + Bus 2000 wird nicht nur Milliarden von Franken sondern auch Millionen von kWh verschlingen) und an die unaufhaltsame Computerisierung

der Wirtschaft. Die Produktion aber stagniert: die Nutzung zusätzlicher Wasserkräfte und der Bau weiterer KKW stossen aus bekannten Gründen an die Grenzen der Realisierbarkeit. Die Wohlstands-Energiementalität, das Produkt zu fordern, zu beanspruchen, die Produktion aber nicht zu wollen, könnte zu einem Energie-Engpass mit wirtschaftlich schwerwiegenden Folgen führen.

#### Vermehrte Stromimporte - wirklich garantiert?

Stromimporte via europäisches Verbundnetz dürften nicht mehr so selbstverständlich bleiben: die osteuropäischen Völker sind erwacht, der Drang nach westlichem Lebensstandard wächst und damit der Nachholbedarf an marktwirtschaftlicher Angebotsfülle und persönlicher Mobilität. Die Verwirklichung dieser Anliegen setzt eine gewaltige Steigerung der Energiebeschaffung, insbesondere elektrischer Energie, voraus. Unsere Begehren nach mehr Stromimporten dürften allein aus dieser europäischen Sicht nicht mehr so ohne weiteres erfüllt werden oder zumindest zu andern ungünstigeren Bedingungen.

#### Mitsprache und Mithandeln des Bundes notwendig

In Berücksichtigung dieser veränderten Situationen bezüglich Beschaffung, Nutzung und Verbrauch und auch im Blick auf die neuen politischen Dimensionen des Bereiches Energie hat der Bund energiepolitisch aktiv zu werden. Energiepolitik hat in den Grundzügen auf nationaler und nicht in überaus differenzierender Art auf kantonaler oder gar nur kommunaler Ebene zu erfolgen. Nicht zuletzt auch des europäischen Integrationsprozesses wegen ist dem Bund eine verfassungsmässige Kompetenz in Sachen Energiepolitik einzuräumen. Allerdings hat sich der Bund dabei auf grundlegende Aspekte staatlicher Energiepolitik zu beschränken. Dazu zählen etwa die Bereiche der Auslandsabhängigkeit, der Grundlagen- und angewandten Forschung und der internationalen Zusammenarbeit.

Nationale Energiepolitik darf aber nicht in Energiebürokratismus ausmünden und zu bloss unnützem Energiepalaver verkümmern; sie hat im umschriebenen Umfang übergeordneten Zielsetzungen zu dienen und mittels klarer Aufgabenteilungen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden die Koordination sicherzustellen. Dazu aber braucht es eine Verfassungskompetenz; deshalb aus sachpolitischen Überlegungen ein Ja zum Energieartikel!

## AUCH IM INTERESSE DER WIRTSCHAFT

=====

### Energieartikel schafft sinnvolle Rahmenbedingungen

Von Anna-Marie Kappeler, Pressechefin FDP

Am 23. September 1990 werden in der Schweiz wichtige energiepolitische Weichen gestellt. Neben den beiden Anti-Atominitiativen kommt der Energieartikel vor das Volk. Während die bürgerlichen Parteien zusammen mit der Wirtschaft klar gegen die Ausstiegs- und die Moratoriums-Initiative votieren, lehnen Spitzenverbände der Wirtschaft (Gewerbeverband, Vorort, Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen) auch den Energieartikel ab. Für viele bürgerliche Politiker, darunter auch namhafte Führungskräfte der Wirtschaft, und für die Elektrizitätswirtschaft ist ein Energieartikel in der Bundesverfassung aber auch im Interesse der Wirtschaft.

### Warum ist ein Energieartikel nötig?

Warum braucht es einen Energieartikel? Er schafft die verfassungsmässigen Grundlagen für eine langfristige, umweltschonende und sparsame Energiepolitik. Eine solche Politik will in Zusammenarbeit mit den Kantonen und der Wirtschaft Einsichten umsetzen, die für viele Menschen bereits selbstverständlich sind: dass die Vorräte an Rohstoffen begrenzt sind und dass wir Verantwortung

tragen für unsere Umwelt, aber auch für diejenige kommender Generationen.

Die Gegner des Energieartikels bestreiten diese Ziele nicht grundsätzlich, sind aber der Ansicht, der freie Markt könne diese Probleme allein regeln. Dem ist entgegenzuhalten, dass eine Energiepolitik erforderlich ist, auch wenn die Energieversorgung weiterhin marktwirtschaftlichen Regeln folgt.

Bei aller Skepsis gegenüber zuviel Staat darf die Devise jedoch deshalb nicht ins Gegenteil kippen. Längst ist unser Staat kein Nachwächterstaat mehr, sondern ein moderner Leistungsstaat, der ordnend gewisse Aufgaben wahrnimmt. Entscheidend ist aber die Frage, wie er das macht, mit bürokratischen Verboten und Geboten oder mit sinnvollen Rahmenbedingungen.

### Sinnvolle Rahmenbedingungen

Die Präferenz auf bürgerlicher Seite liegt natürlich eindeutig bei sinnvollen Rahmenbedingungen. Gerade solche aber schafft der neue Energieartikel. Gestützt auf ihn kann der Bund die übergeordneten, langfristigen energiepolitischen Interessen wahrnehmen und dann eingreifen, wenn der Markt nicht mehr spielt. Dies ist zum Beispiel bei Monopolen bei den Netzenergien nicht mehr der Fall oder wenn Mieter keine verbrauchskostenabhängige Heizkostenabrechnung erhalten.

Ohne Energieartikel hat der Bund keine ausreichende Verfassungsgrundlage, um die Energiepolitik sicherer, wirtschaftlicher und umweltfreundlicher zu gestalten. Gerade diese drei Ziele aber sind unbestritten.

Der irakische Blitzkrieg gegen das benachbarte Emirat Kuwait Anfang August 1990 hat gezeigt, dass energiebedingte Krisensituationen jederzeit aktuell werden können. Eine langfristig orientierte Versorgungspolitik, die vermehrt auf Sparen und die Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energien setzt ist die wirkungsvollste Gegenmassnahme. - Geben wir dem Bund dazu die nötigen Grundlagen. Unterstützen wir deshalb den Energieartikel!

Energieartikel in der Bundesverfassung:

## Das Tor zum Ausweg aus der Energieklemme

msc. Ohne den sparsamen Umgang mit dem kostbaren Gut Energie könnten angesichts der absehbaren Versorgungsengpässe bald einmal die Lichter ausgehen. Damit nicht genug: Die ungebremsste Freisetzung von Kohlendioxid droht die Erde zum überhitzten Treibhaus zu machen. Der am 23. September zur Abstimmung gelangende Energieartikel setzt jetzt die dringend notwendigen Zeichen für Korrekturen.

Energie ist das Lebensblut unserer Zivilisation. Während Jahrtausenden standen den Menschen im Wesentlichen nur die eigene Körperkraft, die Arbeitsleistung der Zugtiere und die Wärme des Herdfeuers zur Verfügung. Erst durch die Erschliessung technisch nutzbarer Energiequellen wie Wasserkraft, Kernkraft, Kohle, Erdöl und Erdgas wurden jene Grundlagen geschaffen, dank derer der moderne Wohlfahrts- und Sozialstaat erst möglich wurde. Doch in der Abhängigkeit von der Verfügbarkeit von Energie stecken unübersehbare Gefahren:

- Langst nicht alle Energieträger sind unerschöpflich. Insbesondere bei den fossilen Brennstoffen Erdöl und Erdgas ist die Zahl der abbauwürdigen Lagerstätten beschränkt, auch wenn zukünftige massive Preissteigerungen die wirtschaftlich erschliessbaren Reserven noch deutlich vergrössern könnten. Zudem ist - unabhängig vom Ausgang der Abstimmung über die Ausstiegs- und Moratoriumsinitiative - dem Ausbau der Kernenergie zur Zeit aus politischen Gründen faktisch ein Riegel geschoben, und von den sogenannten «Alternativenergien» (Sonne, Wind, Erdwärme) sind in nächster Zeit keine substanziellen Beiträge zu erwarten.
- Energie lässt sich als politische Waffe einsetzen: Die Erdölkrise zu Beginn der siebziger Jahre bleibt in eindrücklicher Erinnerung. Das jüngste Beispiel, die Sperre der Energielieferungen der Sowjetunion an das aufbegehrende Litauen, zeigt die zunehmende Bedeutung dieser «Waffengattung» in einer Zeit, in der militärische Lösungen je länger je mehr ausser Betracht fallen.
- Der Einsatz von Energie ist immer auch mit Belastungen der Umwelt verbunden. Gerade der seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts gewaltig

gestiegene Verbrauch von Kohle, Erdöl und Erdgas ist eine der Hauptursachen für den befürchteten Treibhauseffekt. Da es für das Verbrennungsprodukt Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) keine Filter oder «Katalysatoren» gibt, kann eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen nur über den Minderverbrauch der fossilen Brennstoffe erreicht werden.

#### **Ohne Sparen geht es nicht**

Man kann es drehen und wenden wie man will: Um die Energieversorgung langfristig zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss der Energieverbrauch unter Kontrolle gebracht werden. Das Schlüsselwort dazu heisst Energiesparen – oder eleganter und dem Kern der Sache besser entsprechend ausgedrückt: rationelle Energieverwendung. Dieses zentrale Element jeder verantwortlichen Energiepolitik soll jetzt nach Jahrzehnten der energiepolitischen Stagnation mit dem Energieartikel in der Bundesverfassung verankert werden.

Mit der allfälligen Annahme des Artikels am kommenden 23. September durch Volk und Stände würde keine völlig neue Politik eingeleitet. Gerade in der Schweiz hat die Industrie seit dem Oelschock von 1973 bewiesen, dass sie sich sehr wohl aufs Energiesparen versteht (denn mit jedem eingesparten Kilo Heizöl und mit jeder eingesparten Kilowattstunde Strom lässt sich Geld sparen), und auch die Kantone haben mit ihren energiepolitischen Programmen (vor allem zur Wärmedämmung von Gebäuden) bereits einiges bewirkt. Fazit: Das Wirtschaftswachstum ist zumindest in der Schweiz zunehmend vom Energieverbrauch entkoppelt, das heisst, die Mehrproduktion an Gütern und Dienstleistungen wird mit einem immer geringeren Mehreinsatz an Energie erkaufte.

#### **Marktkräfte reagieren zu spät**

Doch aller bisherigen Bemühungen zum Trotz steigt der Energieverbrauch weiterhin von Jahr zu Jahr. Zu den bereits absehbaren Schwierigkeiten, diesen steigenden Bedarf in Zukunft decken zu können, kommt jetzt noch das zusätzliche Gebot, zur Abschwächung des erwarteten Treibhauseffektes den Ausstoss an CO<sub>2</sub> deutlich zu verringern. Da sich die rationelle Energienutzung nicht von heute auf morgen verwirklichen lässt (die Wärmedämmung von Gebäuden oder der Ersatz alter Geräte durch energiesparendere Modelle braucht Zeit und Geld), müssen bereits heute durch die politischen Entscheidungsträger die Weichen gestellt werden können. Denn wenn in nicht allzuferner



Zukunft die sonst so gut funktionierenden Marktkräfte ebenfalls zum Sparen zwingen werden, wird es für sanfte Korrekturen zu spät sein.

Mit dem neuen Energieartikel soll der Bund nun nicht einfach einen Freipass für dirigistische Eingriffe in den Energiemarkt bekommen. In dieser Beziehung ist der Artikel seit der parlamentarischen Beratung zurückhaltend formuliert. Vielmehr sollen im Sinne eines konsensfähigen Kompromisses als Rahmenbedingungen für eine schweizerische Energiepolitik folgende Grundsätze in der Verfassung verankert werden: Geringere Abhängigkeit vom Ausland, dafür eine breitgefächerte, möglichst umweltverträgliche und wirtschaftliche Energieversorgung bei gleichzeitig rationellem und sparsamen Energieeinsatz.

#### **Rechtzeitig handeln**

Die mit Sicherheit kommenden globalen Energiekrisen und die Bedrohung durch die mögliche Klimaveränderung kann nur bestehen, wer rechtzeitig zu einer haushalterischen Energiepolitik greift. Diese Erkenntnis gilt selbstverständlich nicht nur für die Schweiz: Die im Rahmen des Energieartikels mögliche Gesetzgebung entspricht nämlich im Wesentlichen den Zielen des Internationalen Energieprogramms (IEP) sowie den energiepolitischen Zielsetzungen der Europäischen Gemeinschaft für 1995.

Ohne Energieartikel besteht die grosse Gefahr, dass sich die Schweiz zu langsam auf die sich verändernden energiepolitischen Randbedingungen einstellt. Mit dem Energieartikel wird dem Bund dagegen ermöglicht, vorbeugend und vorausschauend dafür zu sorgen, dass unsere Energieressourcen in Zukunft optimal eingesetzt werden. Zwar löst ein Verfassungsartikel noch lange nicht alle anstehenden Probleme. Doch ohne ihn wird die Zukunft noch schwerer zu bewältigen sein.